

Entweder goldene Lohnregel oder Tankwart und Tütenpacker

Von Friederike Spiecker | 13.12.2013

Ein Leser fragt in Hinblick auf meinen [Beitrag "Der Mindestlohn – Lackmustest für die Gewerkschaften"](#), woran sich Gewerkschaften bei ihren Lohnabschlüssen orientieren sollen, wenn die Produktivität ihrer Branche über- bzw. unterhalb der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft liegt. Hier die Antwort, die in der [Beitragsserie](#) zur [Lohnpolitik](#) von [März/April 2013](#), insbesondere in [Teil 5](#) "Welches Motto gewinnt: "divide et impera" oder "Gemeinsam sind wir stark"?" detailliert nachzulesen ist:

Der durchschnittliche Produktivitätszuwachs der Gesamtwirtschaft setzt sich zusammen aus ganz unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Branchen. Tendenziell sind die Zuwächse in der Industrie höher als im Dienstleistungsbereich. Die goldene Lohnregel (Rate des nominalen Stundenlohnwachstums = Rate des Stundenproduktivitätszuwachses + Zielinflationsrate) muss in *jeder* einzelnen Branche *unabhängig* von der Entwicklung ihrer jeweiligen Branchenproduktivität angewendet werden, wenn auf Dauer ein makroökonomisch sinnvolles Ergebnis erzielt werden soll.

Das bedeutet automatisch, dass Produkte aus Branchen mit (technisch bedingt) unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung relativ teurer werden im Vergleich zu Produkten aus Branchen mit überdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung. Diese Relativpreisverschiebung (bei insgesamt nicht-deflationärer, aber mit 2% moderater Preisentwicklung) ist hinzunehmen. Sie ist gerechtfertigt, weil ohne eine solche Lohnpolitik auf Dauer keine oder nur vergleichsweise schlechter ausgebildete und schlechter arbeitende Arbeitskräfte für diejenigen Branchen zu gewinnen sind, die sonst systematisch von den durchschnittlichen Einkommenszuwächsen ausgeschlossen wären.

Wer eine solche Lohnpolitik als "Einheitslohnpolitik" ablehnt, übersieht, dass die Lohnstruktur sehr wohl erheblich unterschiedliche Niveaus der Lohneinkommen in den einzelnen Berufen mit sich bringen kann und soll: Stark nachgefragte bzw. relativ selten angebotene Qualifikationen führen zu höheren Einkommen, das liegt in der Natur der Marktwirtschaft und ist in Hinblick auf Effizienz sinnvoll. Oft korreliert das mit den Anstrengungen, die mit dem Erwerb bestimmter Qualifikationen verbunden sind – nicht jeder lernt gern hunderte von Knochen, Krankheiten und Medikamenten auswendig, damit er nach vielen Jahren eines Tages vielleicht ein hohes Gehalt als Chefarzt kassieren kann.

Es geht bei der goldenen Lohnregel eben nicht um das Einstampfen von Unterschieden in den Arbeitseinkommen, sondern darum, diese Unterschiede nicht permanent und systematisch weiter auszudehnen, nur weil einerseits eine schlechte Arbeitsmarktlage die Machtverhältnisse zuungunsten vieler Arbeitskräfte verschoben hat und andererseits technisch bedingt bestimmte Arbeiten (z.B. Schulunterricht, Pflegedienstleistungen) nicht so gut rationalisierbar sind wie industrielle Herstellungsprozesse. Das durchschnittliche Lohnniveau soll gemäß der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung steigen, aber nicht so, dass sich dabei die Lohnstruktur ständig weiter spreizt, es also immer mehr Menschen gibt, die nur sehr wenig zum Leben haben, und immer mehr Menschen, die nicht wissen wohin mit dem Geld; sondern so, dass es für alle real mehr gibt und keine Branche oder Berufsgruppe systematisch abgehängt wird.

Von der Weiterentwicklung des Wohlstands einer demokratischen Gesellschaft müssen alle ihre Mitglieder systematisch profitieren, egal in welchen Bereichen sie tätig sind. Das ist nicht nur ein zentrales gesellschaftspolitisches Erfordernis in jeder Demokratie, es ist auch und gerade der Schlüssel zu ökonomischer Prosperität. Denn jeder technische Fortschritt kann erst dann seine maximale Kraft zur Wohlstandssteigerung entfalten (und damit übrigens den höchsten Gewinn für den ihn initiiierenden Unternehmer), wenn er der breiten Masse durch die Arbeitseinkommen zugute kommt.

Die Relativpreisverschiebung zugunsten produktivitätsstarker Bereiche ist Kennzeichen jeder technisch hoch entwickelten Gesellschaft: Die Dienstleistungen sind dort regelmäßig vergleichsweise teuer. In einem armen, technisch und in Sachen Bildungspolitik für die breite Masse der Bevölkerung nicht weit entwickelten Land sind hingegen Dienstleistungen relativ billig. Man denke nur an Schuhputzer in Fußgängerzonen, Tankwarte an Tankstellen, Autoscheibenputzer an der Ampel, Einpacker an der Supermarktkasse – alles "Jobs", die in Deutschland seit Jahrzehnten verschwunden sind und, wenn es nach mir geht, auch bleiben sollen.

Dass in einigen industrialisierten Ländern Wirtschaftspolitiker und [Wirtschaftswissenschaftler ernsthaft dazu raten](#), sich wieder in Richtung solcher Dienstleistungsangebote hin zu entwickeln, oder das mancherorts schon de facto der Fall ist und obendrein als Beleg für Erfolge in Sachen Arbeitsmarktflexibilisierung gilt, ist ein intellektuelles und politisches Armutszeugnis für diese "Eliten" sondergleichen. Denn ganz im Gegenteil: Eine solche rückwärts gewandte Entwicklung ist ein klarer Beleg für das Versagen der Wirtschaftspolitik in Sachen makroökonomischer Steuerung (man weiß sich nicht mehr anders gegen die Arbeitslosigkeit zu helfen, als wieder mehr an Sklavenarbeit als an Berufe erinnernde Jobs zu schaffen) und der seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten herrschenden Unterfinanzierung der Bildungspolitik.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 13.12.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/12/entweder-goldene-lohnregel-oder-tankwart-und-tuetenpacker/>